

Panorama v. 25.01.2018

Öffentlich-Rechtliche in der Schweiz: Einfach mal abschaffen?

Anmoderation

Anja Reschke:

17,50 € müssen Sie jeden Monat für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk bezahlen. Das ist Geld, das ist uns klar. Aber ohne Ihre Beiträge sähe es heute hier so aus:

Es gäbe uns nicht. Keine Tagesschau, kein Tierfilm, kein Tatort, kein Panorama. Das mag jetzt für den ein oder anderen verlockend klingen, aber man muss sich schon klar machen, es wäre dann mit allen Sendungen vorbei. In Fernsehen und Radio. Gefordert wird diese Abschaffung der Beiträge vor allem von der AfD. Das eint sie mit vielen Rechtspopulisten in Europa, die in ihren Ländern auch den öffentlich rechtlichen Rundfunk abschaffen wollen.

Genau darum geht es, man will unliebsame Berichterstattung loswerden. Information soll eine Ware sein, die man nur noch dann bezahlt, wenn sie einem gefällt. Vielleicht klingt das für Sie weit weg und utopisch, aber unser Nachbarland, die Schweiz, steht konkret vor genau dieser Entscheidung. Ben Bolz und Caroline Schmidt:

Er kann es kaum fassen, wenn er dieser Tage die Zeitung liest: Emil Steinberger – weltbekannter Schweizer Komiker, den auch seine Auftritte im Fernsehen groß gemacht haben.

Und diesem öffentlichen-rechtlichen Fernsehen könnten seine Landsleute nun die Rundfunkgebühren, die sog. Billag-Gebühr, streichen.

O-Ton

Emil Steinberger, Komiker:

„Das hätte ich nie gedacht, dass so viele Leute sich aufregen wegen dieser Billag-Gebühr. Das hätte ich nie gedacht. Ohne, dass sie sich richtige Gedanken gemacht haben. Was heißt das eigentlich, wenn wir diese Gebühr einfach abschaffen, was sind die Folgen daraus?“

Bis zum 4. März stimmen die Schweizerinnen und Schweizer darüber ab, ob sie die Rundfunkgebühren und damit de facto auch die öffentlich-rechtlichen Sender abschaffen wollen. Umgerechnet rund 383 Euro pro Jahr zahlen sie derzeit für Fernsehen, Radio und Internetangebot. Er ist der sogenannte Argumentationschef der Initiative, die die Gebühren abschaffen will: Samuel Hofmann arbeitet bei der rechtskonservativen Wochenzeitung „Weltwoche“. Von den Öffentlich-rechtlichen hält er nicht viel.

O-Ton

Samuel Hofmann,
Initiative „No Billag“:

„Als Rechtsliberaler hat man da den linken Einheitsbrei und muss noch dafür bezahlen. Und will das eigentlich gar nicht anschauen.“

Deswegen gründete Hofmann 2014 mit Gleichgesinnten der rechtspopulistischen SVP, Schweizer Volkspartei, die Initiative gegen die Gebühr. Kein von der Allgemeinheit finanzierter Rundfunk mehr. Jeder soll nur noch für das bezahlen, was ihm gefällt.

O-Ton

Samuel Hofmann, Initiative „No Billag“:

„Weil wir der Meinung sind, dass die Menschen frei sind und selber entscheiden sollen, was sie abonnieren und was nicht. Und es kann nicht sein, dass wir für eine Dienstleistung zahlen müssen, die wir nicht bestellt haben, die wir vielleicht gar nicht konsumieren und trotzdem zahlen müssen.“

Was als ziemlich aussichtslose Initiative begann, ist groß geworden. Auch durch die Berichterstattung in den Medien.

Schlagzeilen:

„Die Schweiz braucht keine Staatsmedien.“

„Befürworter von „No Billag“ Initiative liegen vorne“

„Plötzlich SRG-Gegner überall.“

Umfrage:

„Für mich ist das überflüssig. Für mich ist das eine Abzocke.“

„Andere Sender können auch ausstrahlen mit Werbung und Reklame. Wieso kann das die Schweiz nicht?“

„Ich ärgere mich vor allem über das Schweizer Fernsehen, das es so linksgelastet ist und möchte ihnen nur einen Denkkzettel verpassen.“

Doch für einen Denkkzettel lässt die Abstimmung keinen Raum, sagt Mariano Tschuor von der SRG. Wenn die Initiative durchkommt, bedeutet das das Aus für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

O-Ton

Mariano Tschuor,

Generaldirektion Schweizer Rundfunk (SRG):

„Eindeutig Stecker raus. Licht aus. Der Initiativtext ist so radikal. Da gibt es keinen Spielraum...geordnete Liquidation und aus ist es.“

Das sieht auch Roger Schawinski so.

Er hat das Privatfernsehen in der Schweiz mit „TeleZürich“ quasi erfunden, war Chef von Sat1 Deutschland. Und er gilt bis heute – auch wenn er dort eine eigene Talkshow hat – als einer der schärfsten Kritiker der Öffentlich-Rechtlichen. Die Initiative aber, geht ihm eindeutig zu weit.

O-Ton

Roger Schawinski, Medienunternehmer:

„Auch wenn man kritisch ist gegenüber dem Management der SRG, auch wenn man kritisch ist gegenüber dem Monopolanspruch der SRG, die Alternative ist zehnmal schlimmer.“

Eine Abschaffung der Öffentlich-Rechtlichen hätte fatale Folgen für die Demokratie, so der Medienunternehmer.

Denn das Land besteht aus vier Sprachregionen, für die gesendet wird: die Deutschschweiz, die französische, die italienische und die rätoromanische Schweiz.

Nachrichten, wie die Tagesschau in allen Sprachen seien für den Zusammenhalt der Nation unerlässlich, so Schawinski. Und welcher freie Unternehmer solle so ein Programm finanzieren.

O-Ton

Roger Schawinski,
Medienunternehmer:

„In der Schweiz gilt das Prinzip der Solidarität, und die Mehrheit der deutschsprachigen Schweizer unterstützen in vielen Bereichen die kleineren Sprachregionen. Wenn das wegfällt, gehen dort definitiv die Lichter aus. Und der Zusammenhalt der Schweiz wäre dann tatsächlich gefährdet.“

O-Ton

Samuel Hofmann, Initiative „No Billag“:

„Das Optimum kann sich nur durch die Freiwilligkeit in einem freien Markt herausbilden. Das kann nicht von oben diktiert werden, es braucht jetzt 500 verschiedene TV- und Radio-Sender in der Schweiz. Nein, die Konsumenten müssen entscheiden, was bin ich bereit zu bezahlen. Was etabliert sich im Werbemarkt und so weiter, da wird sich das Optimum herausbilden. Automatisch.“

Doch kann der Markt wirklich immer das Optimum herausbilden? Hier im Kanton Graubünden in Chur betreibt Silvio Lebrument einen Privatsender: TV Südostschweiz, sendet unter anderem für die 35.000 Rätromanen. Finanzieren kann er ihn nur, weil auch die privaten Regionalsender in der Schweiz teilweise Gebühren bekommen. Fallen sie weg, ist Schluss.

O-Ton

Silvio Lebrument, „TV Südostschweiz“:

„Es ist nicht möglich, ein solches Informationsprogramm aus den Werbegeldern oder aus anderen Quellen zu finanzieren. Der Kanton würde radio- und fernsehtechnisch abgeschnitten sein.“

O-Ton

Samuel Hofmann, Initiative „No Billag“:

„Du kannst auch nicht sagen, jede Minderheit hat jetzt Anspruch auf ein Fernsehen. Ich bin auch in vielem in der Minderheit. Ich bin zum Beispiel ein Liberaler. Wir Liberalen sind grundsätzlich eher in der Minderheit.“

O-Ton

Mariano Tschuor, Generaldirektion Schweizer Rundfunk (SRG):

„Wie wollen wir dann noch eine Meinungsbildung herbekommen in der Schweiz mit ihren Abstimmungen? Wie wollen wir dann noch das Verständnis zwischen den Sprachen herstellen? Das wäre dann wirklich eine totale Brache im Medialen.“

Seit Monaten werden die Argumente diskutiert. Dabei betonen diejenigen, die die Öffentlich-Rechtlichen abschaffen wollen, immer wieder: keine Angst. Die Tagesschau oder die Talkshow „Arena“ könnten ja problemlos als Pay-TV-Angebot weiter bestehen.

O-Ton

Samuel Hofmann, Initiative „No Billag“:

„Die Zahlungsbereitschaft ist da. Die Leute, wenn für die Sendungen, die beliebt sind, die wichtig sind, die interessant sind, gibt es immer genug Leute, die bereit wären, das zu zahlen. Und jetzt muss man es einfach mal ausprobieren.“

O-Ton

Panorama:

„Einfach mal ausprobieren? Aber dann ist das ganze System nachher weg.“

O-Ton

Samuel Hofmann, Initiative „No Billag“:

„Nein, das sagen jetzt Sie!“

O-Ton

Roger Schawinski, Medienunternehmer:

„Pay-TV funktioniert ja weltweit nur in drei Bereichen: nämlich Film, Sport, und Porno! Und sicher nicht bei Informationen. Das heißt, die Leute, die darüber reden, haben sich überhaupt keine Gedanken gemacht, sondern schwatzen einfach daher!“

Weil es den Rechtsliberalen eigentlich um viel mehr geht als um das Schweizer Fernsehen: Es geht ihnen um eine grundlegend andere Gesellschaft.“

O-Ton

Panorama:

„Würden Sie dann zum Beispiel auch sagen, man sollte alle Theater schließen, weil Sie ja nicht ins Theater gehen?“

O-Ton

Samuel Hofmann, Initiative „No Billag“:

„Nur die subventionierten. Ja, ich bin auch dafür im Freizeitbereich, definitiv dafür, dass sich das selbst finanzieren muss durch Eintritte. Ein Opernhaus, ein Kunstprojekt.

Das einzig Faire ist: jeder zahlt das, was er konsumiert.

O-Ton

Panorama:

„Aber auf der anderen Seite haben wir ja diesen Solidaritätsgedanken in allen Demokratien in Europa, bei Krankenhäusern, in der Bildung, wo auch Dinge vom Staat zur Verfügung gestellt werden, die nicht jeder Einzelne nutzt.“

O-Ton

Samuel Hofmann, Initiative „No Billag“:

„Ja, aber dann muss man doch drüber diskutieren, was sind das für Dinge, sonst können Sie ja alle Dinge, die es überhaupt gibt auf der Welt, aufzählen, da sind Sie bei der Staat muss 100% machen, da sind Sie wieder im Kommunismus.“

So hat die Abstimmung auf jeden Fall eines jetzt schon bewirkt - in der Schweiz diskutiert man über Werte in der Gesellschaft: Freier Markt oder Solidarität.

O-Ton

Emil Steinberger, Komiker:

„Man muss doch irgendwie mal überlegen, wo zahle ich überhaupt überall Geld, wo ich nicht dabei bin. Zum Beispiel Unfallversicherung zahle ich jedes Jahr, ich habe noch nie einen Unfall gehabt und trotzdem bezahle ich die Unfallversicherung. Das sind so soziale Gedanken, die völlig verschwiegen werden oder ignoriert werden.“

Bericht: Ben Bolz, Caroline Schmidt

Kamera: Andrzej Król

Schnitt: Markus Friebe

Abmoderation Anja Reschke:

Finden Sie, man sollte nur noch für das bezahlen, was man nutzt? Oder gibt es Dinge, die von einer Gemeinschaft für eine Gemeinschaft getragen werden sollen. Diskutieren Sie bei uns auf Facebook.

